

einigesmal freil. mit Musik, Gesang, Liedern, "Heimat und Welt" und der Bühnentheater. „Aber unter keinen Umständen“, so die Redaktion, „darf es keinem Konservativen vorkommen, dass es in den nächsten Tagen eine Konservativen-Karneval“ ist. Das steht im „Wochenblatt für Sachsen-Anhalt“ und im „Sachsen-Anhaltischen Zeitungsbote“.

Donnerstag, den 7. Januar 1932

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die halbseitige 20,-, die ganzen 40,-. Die viertelblätter 10,-. Die halbseitige außerhalb des Beobachtungsgebietes 40,-. Die viertelblätter 10,-. Briefgeb. 10,-. Ein halbes Blatt erhält jede Bezeichnung auf Vorlieferung sowie Erfüllung d. Anzeigen-Mittelpages u. Verleihung d. Schadenerg. Schriftsteller Zeit: Franz Burgard, Dresden.

Sächsische Dörflezeitung

Für christliche Politik und Kultur

Gesellschaftsblatt, Preis u. Verlag: Sechstaus. 2.-6.
für Sachsen und Oberlausitz. Herausgeber: Beobachter-L.
Gesellschaftsblatt, Ausgabe 1932. Postleitzahl Dresden 1071
7912. Herausgeber: Beobachter-L. 1071.

Herausgeber des Sachsen-Anhaltischen Volksblatts
Beobachter-L. Postleitzahl 1071. Ausgabe 1932
Preis 10,-

Stillhaltung verlängert?

Die Stillhalte-Abkommen für die kurzfristigen Kredite sollen noch ein Jahr gelten

Eine Nulllösung

Berlin, 6. Januar.

Wie von unerwarteter Seite nunmehr bestätigt wird, verhandelt das Stillhaltekomitee in Berlin nur noch den Plan einer Verlängerung des bisherigen Stillhalteabkommen um ein Jahr sowie gewisse Verbesserungen des bisherigen Abkommen. Alle anderen Pläne scheint man hingegen fallen gelassen zu haben.

Nach Londoner Informationen der sozialen Zeitung soll der Berliner Stillhaltekomitee abzuhören, seine Arbeit bis zum 18. Januar nur zu einem vorläufigen Abschluss zu bringen, um jeden Verwand für eine Hinaussetzung der Reparationskonferenz anzubilden. Der endgültige Abschluss soll erst nach der Entscheidung über die deutschen Reparationen feststehen, weil sich die deutschen Vertreter angeblich nicht bewusst sind, die Höhe der Tilgungssätze für die privaten Schulden festzulegen. Man spricht in London viel von einem Plan, auf den sich angeblich die Briten schon geeinigt hätten, wonach die Tilgungsräte im Reichskartell rechbarichtig bei der Reichsbank eingezahlt werden soll, die ihrerseits den Gläubigern gegenüber die Hoffnung für das Währungsamt übernimmt.

Paris, 6. Januar.

In einer Befragung des Ergebnisses der Berliner Bankerverhandlungen betont „Journal“, dass die Zusammenkunft nur dann Erfolg haben könnte, wenn sie genügend vorbereitet sei. Die Verlängerung um ein Jahr bedeute jedoch keine Lösung, sondern nur ein Behelfsmittel durch das man die Regierungskonferenz schauspielen will. Das Blatt unterschreibt,

dass die Regierungen an eine Regelung der politischen Schulden nur denken können, wenn sie eine allgemeine Regelung der privaten Schulden zur Grundlage nehmen.

Der sozialistische „Populär“ wendet sich gegen den Vorschlag eines dreijährigen Moratoriums, das zwar den finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands verhindern, aber keine Befreiung, sondern eher eine Verhinderung der Schamtklage bringen würde.

Die radikale „Ere Nouvelle“ befürwortet den Zahlungswillen Deutschlands und fordert vor einer Entscheidung der Reparations- und Kreditfrage die Bildung einer geschlossenen Gläubigerfront, die von Deutschland unantastbare Garantien verlangen müsse.

London, 6. Januar.

Zu den Gerüchten, dass die Lausanner Konferenz vielleicht eine Entscheidung über die Reparationsabfällungen bis zum Juni hinausschieben werde, schreibt „Journal“:

„Das Blatt bestätigt, dass die gesetzliche Unterredung des deutschen Botschafters v. Hoesch bei Paris und London in der Vorbereitung der Reparationskonferenz geht. Nachdem man sich, wie die Agentur behauptet, in Berlin auf die Verlängerung der eingestrahlten Kredite um ein Jahr geeinigt habe, steht dem Zusammentreffen der Reparationskonferenz nichts mehr im Wege.“

Aber der 18. Januar scheint der französischen Regierung wegen der am 12. Januar beginnenden Parlamentswahl zu nahe zu liegen. Da Paris persönlich an der Wiederwahl des Parlamentsabgeordneten teilnehmen würde, würde er vorsichtshalb, die Einberufung der Reparationskonferenz um einige Tage verschieben. So geht es nicht weiter. Eine Aenderung muss kommen, mag sie zum Guten oder zum Schlechten.“

Die französische Regierung sei grundsätzlich geneigt, Deutschland ein Moratorium zu gewähren.

Jedoch nicht über den 1. Juli 1934 hinaus, unter der Bedingung, dass die ungeduldigen Haushaltsumsätze von Deutschland weitergezahlt würden, wobei Deutschland wie beim Hoovermoratorium die Möglichkeit hätte, über diese Summen in Form verbürgter Anteile an die Reichsbahn zu verzichten.

Die Vorbereitungen in Lausanne

Bern, 5. Januar.

Nachdem Bundespräsident Motta bereits dem englischen Gesandten und dem französischen Botschafter in Bern seine Zustimmung zur Abhaltung der Tributkonferenz in Lausanne gegeben hat, hat der Gesamtdeutschland in seiner Dienstauführung diese Zustimmung bestätigt.

Die Konferenz wird am 25. Januar in Lausanne beginnen.

Bundespräsident Motta wird als Vertreter der sozialistischen Landesregierung und damit des Staates der Erziehungsführung teilnehmen.

Man rechnet mit etwa 300 Delegierten und zahlreichen Pressevertretern. Die Konferenz soll in dem historischen Schloss Duchié tagen, in dem im Jahre 1922/23 die Konferenz zwischen der Türkei und den alliierten Mächten stattfand. Die meisten Konferenzteilnehmer haben bereits in den großen Lausanner Hotels Plätze bezogen.

Sachsens Haushaltplan 1932

Schwierige Ausstellung

Dresden, 6. Januar.

Um neuen sächsischen Staatshaushalt für 1932 wird, wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz von unterschiedlicher Seite erfasst, eifrig gearbeitet. Wann er dem Landtag vorliegen werden wird, steht allerdings noch dahin. Im Finanzministerium schwanken Erwartungen, damit zu warten, weil gegenwärtig die Frage des Volksbegehrens und Volksentscheids über die Landtagsauflösung schwiegt. Man meint, dass hat das Finanzministerium und der Landtag unter Umständen unmissverständlich machen würden, wenn man den neuen Haushaltplan vorlegt und in Beratung nähme, dann aber doch eine erwogene Landtagsauflösung den Abschluss der Beratungen verhinderte. Wie die genannte Korrespondenz aber weiter erzählt, wird das Finanzministerium die Entlastung über die Frage der Vorlegung des Staatshaushaltplans dem Gesamtministerium übertragen. Es ist anzunehmen, dass dieses doch die folgende Vorlegung befürworten wird, da bekanntlich allgemein — selbst in den Kreisen der Anhänger des Volksbegehrens — auf Landtagsauflösung — die Anhänger vorherhielten, dass es nicht zur Landtagsauflösung kommen wird. Würde der Haushaltplan noch später als sonst — im Vorjahr wurde er Mitte Februar vorgelegt — dem Landtag unterbreitet werden, so würde man der Beratung noch mehr in Schwierigkeiten geraten, als es schon ohnedies in den letzten Tagen der Fall gewesen ist, da diesmal die voraussichtlich zweimalige Reichspräsidentenwahl auch die parlamentarischen Arbeiten beeinträchtigen dürfte.

Im übrigen ist allerdings die Anwendung des Haushaltplanes noch niemals so schwer gewesen wie jetzt, obgleich nicht in den Zeiten der Inflation, denn es wechseln jetzt wieder zwei Wochen die Zahlen, die der sächsischen Regierung vom Reichsfinanzministerium als voraussichtliche Einnahmen

mitgeteilt werden. Da diese Zahlen obendrein eine häufige Tendenz nach unten zeigen, wird es außerordentlich schwierig, dem Landtag zuverlässige Zahlen für seine Beratungen zu unterbreiten.

Faulhaber gegen die Gottlosenbewegung

München, 5. Januar.

Kardinal von Faulhaber wandte sich an der Jahrestagung der Münchner Männercongregation gegen die Gottlosenbewegung und die religiösenfeindlichen Versprechungen der Zeitzeit. Der Tag, da die Salvatorkirche in Moskau in Trümmer fiel, und der zweite Tag, der Heilige Abend, an dem der Moskauer Sohn auf die katholischen Priester und Nonnen in die Welt hinauswandelte, müssen die katholischen Männer des ganzen Erdkreises auf den Plan rufen. Aber man braucht schließlich nicht einmal nach Moskau zu gehen, seit Kardinal Faulhaber sagt, wir sollten uns nur im eigenen Lande umsehen, um zu wissen, welche Stunde heute geschildert habe. Unter raschendem Beifall jubelt er mit den Worten: Tapfer auf dem Plan, in der Abwehr der Gottlosen zu sein, sei heute die erste Pflicht aller Katholiken.

* Bischöflicher Edge in Berlin. Der amerikanische Bischöfliche Edge, ist am Montag in Begleitung seiner Gattin nach Berlin abgereist, um an einem Ehren teilzunehmen, das der amerikanische Bischöfliche in Berlin zu Ehren des französischen Bischöflichen François-Poncet gibt.

* Beginn der finnisch-russischen Nichtangriffspakt-Verhandlungen. Auf Einladung der finnischen Regierung wurden gestern hier Besprechungen über den Abschluss eines finnisch-russischen Nichtangriffs-Vertrages aufgenommen.

Stimmung im Westen

Aus dem Rheinland wird uns geschildert:

Ein gleiches, schweres Schicksal lastet auf dem gesamten deutschen Volke. Die Zeiten, da die Not in einzelnen Gegenden besonders trug hervorbrachte, sind vorbei. Die Folgen des verlorenen Krieges fordern überall die gleichen Opfer, nur, das diese Opfer bei der Bevölkerung der verschiedenen Landesteile nicht mit der gleichen Gestaltung gebracht werden. Die oft verzweifelte Bevölkerung sucht in einzelnen Gebieten des Reiches besonders nach ihr Heil in dem Anschlag an die extremen Parteien und hofft auf dem gefährlichen Sacke. So geht es nicht weiter. Eine Aenderung muss kommen, mag sie zum Guten oder zum Schlechten.“

Diesen verdorbnlichen Lehren steht die sonst geprägte Bevölkerung an Arbeit und Antrieb, wenigstens die alteningesessene, mütrajuan und ablehnend gegenüber. Wenn auch die extremen Parteien auch im Westen häufig neue Anhänger finden, so darf doch deren Zahl nicht überzählig werden. Der tiefe Kern wird dadurch nicht beruhigt. Denn zu sehr sind noch die Erfahrungen der Besatzungszeit in der Erinnerung. Das Rheinland, das sich in der Zeit fremden Zwanges tren zum Vaterlande gezeigt hat, freut sich keiner wiedergewonnenen Freiheit, wenn sie auch mit noch so großen Opfern erlangt wurde, und wird diese Freiheit nicht preisgeben parteidemokratischer Gauleiter wegen. Wer die Besatzungszeit um eigenen Leibe verfügt hat, der will nichts von den Leuten wissen, die unter Sabotage von dem zukünftigen „Volk ohne Raum“, das sich ausdehnen muss, sprechen. Diese Sprache findet wenig Anhang an Rhein und Ruhr.

Der Westen ist und bleibt das Herz Preußens und auch Deutschlands. Mag auch der Hammer ruhen, mögen auch die Brüder zu Hunderttausenden vergebens daran warten, dass sie zur Arbeit gerufen werden, der Westen hat den Glauben an Deutschlands Zukunft nicht verloren und steht gegenwärtig da zum Schaffen. Dieser Judentumsglaube, in schwersten Zeiten erprobt, gibt dem Volle an Rhein und Ruhr auch heute noch seine eigenartige, oft verkannte Stimmung. Es wird den Rheinländern immer wieder vorgeworfen, dass sie den Ernst der Zeit nicht erkennen, dass sie leichtsinnig hinwegtun über die Not der Zeit. Das trifft leidlich weg zu. Nur, dass der Rheinländer auch in schwerster Zeit einen Blick frei hat. Kopf hängt er nicht am Rhein, er versteht den Blick frei ballt. Das Volk trägt die gleiche Last wie die Bevölkerung in den anderen Teilen des Reiches, doch es versteht nicht in ohnmächtiges Brüten und nutzloses Murren. Es freut sich des Schönen, mag es auch noch so wenig sein, freut sich des Kleinsten Liches in dunkler Nacht, und verleiht es dieser Freude Ausdruck nach seiner Art, um die es zu beneiden ist, die man ihm aber nicht zum Vorwurf machen darf.

Dankbar erkennt es der Westen der Regierung an, dass es ihr gelungen ist, Ruhe und Ordnung bis zum heutigen Tage aufrecht zu erhalten. Allen Unterrüsten zum Trotz gab es auch im Novjahe 1931 ein friedliches, deutsches Weihnachten. War auch der Gabentisch nur spärlich, so konnte das Weihnachten 1931 doch den Vergleich ertragen mit den Hungerweihnachten der Kriegszeit, den Schreckensweihnachten der Revolutionsjahre und den würtlichen Notweihnachten der Besatzungszeit und der Inflation. Der Westen hat größere Not gesehen, als er es jetzt tut. Er sieht das Elend, das in den Städten lauert, sieht die Armut, die auf dem Lande die Bevölkerung zu erdrücken sucht, überblickt aber nicht die Zeiten, da die Not weit größer war, und freut sich des Auftieges aus der größeren Not. Das Rheinland weiß, wen es diesen Aufstieg zu verdanken hat, weiß auch um die Politiker, die aus Versehen der Lage nicht aus Abseh durch ihr Vordaben das bisher Erreichte gefährdet.

Die christliche Einstellung der eingeflossenen Bevölkerung bringt die Ablehnung gegen die Vollstrecker mit sich, die der Menschheit eine Freiheit predigen, an die sie selbst nicht glauben. Zum inneren Wesen des Westens gehört der lebendige Gottgläubig, auf dem nicht zuletzt seine Kraft und seine Juventut beruht. Auch für seine Gläubensfreiheit wird das Volk an Rhein und Ruhr kämpfen. Es ist nicht gewillt sein höchstes Gut denen preiszugeben, die ihm ein rein lästiges oder auch ein rein rassistisches Wohlgehen in Aussicht stellen. Mit aller Entschiedenheit wehrt sich die Bevölkerung gegen den oft vorgebrachten Vorwurf, dem Rheinländer mangelt es an Vaterlandsliebe. Das vom Reich und von Preußen nicht gerade verwöhnte Grenzland im Westen hat seine Treue zum Vaterland bewiesen. Das beweist die Zahl der gefallenen Söhne des Westens, dafür treten ein die zahlreichen Kriegstümpel.

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und „Die praktische Handlung“.